

Humanitäre Krise in Afghanistan: Forderung nach Fortsetzung des BAP

Die humanitäre Lage in Afghanistan ist alarmierend: Mädchen sind vom Schulbesuch ausgeschlossen, Frauen dürfen nicht arbeiten und Millionen Kinder leiden unter Hunger. Der Artikel beleuchtet die Forderungen der Kinderrechtsorganisation terre des hommes zur Fortführung des Bundesaufnahmeprogramms für gefährdete Afghan*innen und die dringende Notwendigkeit internationaler Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit. Erfahren Sie mehr über die Herausforderungen und die erforderlichen Maßnahmen zur Unterstützung der Betroffenen.

Die humanitäre Krise in Afghanistan: Notwendigkeit von Maßnahmen und Unterstützung

Am 15. August 2023 jährt sich die Übernahme der Macht durch die Taliban in Afghanistan zum dritten Mal. Dieser Tag erinnert nicht nur an den politischen Wandel, sondern auch an die dramatische Verschlechterung der humanitären Situation im Land. Die Verwerfungen, die mit dieser Machtübernahme einhergingen, haben die Bevölkerung, insbesondere Frauen und Kinder, in eine äußerst prekäre Lage versetzt.

Die Auswirkungen auf Frauen und Kinder

Die extremen Einschränkungen der Rechte von Frauen und Mädchen sind besonders alarmierend. Ab der siebten Klasse ist

Mädchen der Schulbesuch untersagt, und Frauen steht es nicht mehr zu, zu arbeiten oder zu studieren. Dies führt dazu, dass viele Eltern gezwungen sind, ihre Kinder zur Arbeit zu schicken, da der schulische Zugang nicht nur erschwert, sondern für viele unmöglich gemacht wurde. Diese Entwicklung hat langfristige negative Auswirkungen auf die Bildung und Zukunft der jungen Generation.

Dringender Bedarf an internationaler Hilfestellung

Die Kinderrechtsorganisation terre des hommes hebt hervor, dass aktuelle Maßnahmen zur humanitären Hilfe dringend fortgeführt werden müssen. „Die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag festgelegt, das Bundesaufnahmeprogramm für besonders gefährdete Afghaninnen und Afghanen fortzuführen. Dieses Versprechen darf nicht gebrochen werden“, erklärt Joshua Hofert, Vorstandssprecher von terre des hommes. Der Aufruf zur Fortführung dieses Programms wird immer lauter, da die Verfolgung bestimmter Gruppen in Afghanistan anhaltend ist.

Das Bundesaufnahmeprogramm: Ein Lichtblick am Horizont?

Laut Koalitionsvertrag soll das Bundesaufnahmeprogramm (BAP) bis September 2025 bestehen. Ziel ist es, monatlich bis zu 1.000 gefährdete Personen sowie deren Angehörige aufzunehmen, was das potenzielle Aufnahmevolumen auf bis zu 36.000 Personen bis zum Ende der Legislaturperiode anhebt. Aber bisher sind lediglich 540 Personen (Stand 12. Juli 2024) tatsächlich eingereist. Dies verdeutlicht die Diskrepanz zwischen den politischen Versprechen und der Realität vor Ort.

Die Rolle des Klimawandels und Naturkatastrophen

Zusätzlich zur politischen Instabilität leidet Afghanistan auch unter den verheerenden Auswirkungen des Klimawandels. Naturkatastrophen, wie die Flut im Mai 2014, haben die humanitäre Situation weiter verschärft. Die Kombination dieser Faktoren erfordert nicht nur kurzfristige humanitäre Hilfe, sondern auch langfristige Strategien, um die Zivilgesellschaft vor Ort zu stärken und eine nachhaltige Entwicklung zu fördern.

Fazit: Afghanistan nicht vergessen!

Die aktuelle Situation in Afghanistan ist ein Aufruf an die internationale Gemeinschaft, nicht nur die humanitäre Hilfe aufrechtzuerhalten, sondern auch die Versprechen gegenüber den gefährdeten Gruppen in Afghanistan ernst zu nehmen. Die Einhaltung und Fortführung des Bundesaufnahmeprogramms ist von entscheidender Bedeutung, um denjenigen eine Stimme zu geben, die inmitten dieser erschütternden Umstände leben.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de